

# Bern



**Business im Bahnhof**  
SBB-Frau Jeannine Pilloud hat einen Businesspoint eröffnet. 21

## Mitte will den Kanton aus Blockade befreien

EVP und GLP gehen für die Regierungswahlen 2014 ein Wahlbündnis ein. Die Mitteparteien wollen damit eine «glaubwürdige Alternative» anbieten. Denn: Der Grabenkampf zwischen den Machtblöcken werde zunehmend unerträglich, hiess es gestern.

### Dölf Barben

Der 39-jährige Thuner EVP-Grossrat Marc Jost und die 54-jährige Stadtberner GLP-Grossrätin Barbara Mühlheim sind das Kandidatengespann von EVP und GLP. Die beiden Parteien wollen am 30. März 2014 als Mittebündnis an den Regierungswahlen im Kanton Bern teilnehmen. Mit diesem Bündnis soll den Wählerinnen und Wählern «eine glaubwürdige Alternative» angeboten werden, hiess es gestern in Bern an einer Medienkonferenz.

Die Kantonspolitik sei seit langem blockiert durch den Konkurrenzkampf zwischen dem rot-grünen Regierungsrat und dem bürgerlich dominierten Grosse Rat. Grossrätin Franziska Schöni-Affolter, Co-Präsidentin der Grünliberalen, sprach von «stark ideologisch geprägten Machtblöcken», die sie an Mahlsteine erinnerten. Grossrätin und EVP-Präsidentin Christine Schnegg sagte, das politische Klima im Kanton sei mittlerweile «schier unerträglich» geworden.

In der laufenden Legislaturperiode habe man festgestellt, sagten die Parteienvertreter, dass EVP und GLP oftmals ähnlich abgestimmt hätten. In der Finanz-, der Energie- oder der Gesundheitspolitik «ticken wir sehr ähnlich». Das Zusammengehen für die Wahlen sei deshalb sehr wichtig und sehr logisch. Die Mitte könnte Vertrauen wiederherstellen und im Regierungsrat mithelfen, die Situation zu deblockieren. «Aus Proporzrecht» stünde der Mitte ein Sitz in der Regierung zu, sagte Schnegg.

Nur: Der siebenköpfige Regierungsrat wird im Majorzverfahren gewählt. Die Erfahrung zeigt, dass die EVP-Kandidaten jeweils weit hinter den Kandidierenden der beiden Blöcke landeten. Die GLP ist bei bernischen Regierungswahlen bisher nicht angetreten. Die Situation sei nun anders, hiess es gestern. Angesichts der politischen Blockade könne die Mitte für viele Wähler zu einer echten Alternative werden. Schöni-Affolter sagte, die beiden Kandidierenden seien von beiden Seiten her wählbar, sie befänden sich gewissermassen im Bereich der Schnittmenge.

### Hoffen auf einen Drang zur Mitte

Das Bündnis hofft zudem auf CVP-Unterstützung und, was die EVP betrifft, auf einige Stimmen der EDU. Diese verzichtet auf eine eigene Kandidatur – aber nicht, um der ebenfalls christlich geprägten EVP zu helfen. Es geht ihr primär um die bürgerliche Wende.

Zudem dürften nicht einfach Wähleranteile aus dem Jahr 2010 herangezogen werden, sagte Barbara Mühlheim. Sie selber war Ende 2011 von den Grünen zur GLP übergetreten – nachdem sie bereits früher von der SP zu den Grünen gewechselt hatte. Diesen Frühling hatte der grüne Grossrat Christoph Grimm es ihr gleichgetan. Und eben erst wechselte



Bunte Halstücher und Kragenwerbung: Barbara Mühlheim und Marc Jost werden in ihrem Kombi-Wahlkampf noch auf weitere Ideen angewiesen sein. Foto: Adrian Moser

SP-Grossrat Hannes Zaugg in die GLP/CVP-Fraktion. Es sei vorstellbar, sagte sie, dass unter den Wählerinnen und Wählern ähnliche Verschiebungen erfolgten.

Marc Jost war bereits 2010 Regierungsratskandidat der EVP. Er reüssierte jedoch nicht, ebenso wenig wie bei der Ständeratsersatzwahl 2011. Jost, Lehrer und Pfarrer, arbeitet als Generalsekretär der Schweizerischen Evangelischen Allianz. Als Regierungsrat würde er «keine neuen Schulden dulden», finanzpolitische Tabus wie Steuererhöhungen oder Leistungskürzungen im Sozialbereich wären zu hinterfragen.

Barbara Mühlheim, die langjährige Geschäftsführerin der heroingestützten Behandlung Koda, würde aufgrund ihrer Erfahrungen zunächst gegen Doppelspurigkeiten in der Verwaltung vorgehen. Diese führten da und dort zu «unmöglichen Anreizen», sagte sie – etwa bei der stationären Jugendarbeit.

### Kommentar Dölf Barben

## Zu wenig mächtig, um Machtblöcke zu knacken

Die Grafik mit den Resultaten hat die bittere Wahrheit jeweils gnadenlos zutage gefördert: Die EVP hatte bei Regierungswahlen bisher noch nie den Hauch einer Chance. Der Sinn ihrer Kandidaturen lag vielmehr darin, das eigene Personal bekannt zu machen und für die Parlamentswahlen etwas Schwung zu gewinnen – was legitim ist und von Kleinparteien gern praktiziert wird.

Das gestern präsentierte Mittebündnis jedoch hat eine neue Qualität. Sein Anspruch, die Kantonspolitik entspannen zu wollen, ist gerechtfertigt. Seine Analyse trifft zu: Der Konkurrenzkampf

zwischen den beiden Machtblöcken und – vor allem – die unterschiedlichen Mehrheiten in Regierung und Parlament haben gewaltige Reibungsverluste zur Folge. Ob ein Regierungsrat aus der Mitte das Problem entschärfen könnte, ist jedoch eine andere Frage. Aus Sicht der Bürgerlichen wäre die Wahl von Barbara Mühlheim oder Marc Jost jedenfalls alles andere als eine Wende im Regierungsrat.

Doch diese Frage wird sich aller Voraussicht nach gar nicht stellen. Wenn die grossen Blöcke SP/Grüne und SVP/BDP/FDP mit kompakten Viererlisten antreten, was anzuneh-

men ist, stehen die Mittekandidaten vor einer schier unüberwindlichen Hürde – wie seit eh und je. Die Frage ist vielmehr, welchem Block die gebündelten Mittekraft mehr Saft entziehen werden.

Und hier sieht es eher schlecht aus für Linksgrün. Die neue Mitte scheint in diese Richtung einen stärkeren Sog zu erzeugen. Barbara Mühlheim, die im Lauf ihrer Karriere von der SP zu den Grünen und schliesslich zur GLP driftete, verkörpert diesen Trend geradezu. Würde sie Marc Jost hinter sich zurücklassen, wäre dies darum keineswegs verwunderlich.

## Perrenouds Spitalamt rechnete «unzweckmässig» und kontrollierte «ungenügend»

Das Spitalamt hat sich um 48 Millionen verrechnet, obschon korrekte Zahlen von der Baudirektion vorlagen.

### Marcello Odermatt

Für die SP des Kantons Bern ist klar: Alle hätten einmal mehr wider besseres Wissen auf die Gesundheits- und Fürsorgedirektion (GEF) und deren Vorsteher, SP-Mann Philippe Perrenoud, eingedroschen. Der gestern publizierte Bericht der Finanzkontrolle zum Spitalinvestitionsfonds «widerlegt» Befürchtungen einer Unterdeckung. Vorwürfe an die Gesundheitsdirektion «erweisen sich als unberechtigt oder übertrieben».

Diametral anders sehen das bürgerliche und Mittepolitiker. Für die Präsidentin der Spitalkommission des Grosse Rats, GLP-Frau Barbara Mühlheim, ist vielmehr klar: «Die Befürchtungen ha-

ben sich vollumfänglich bestätigt.» BDP-Fraktionschef Dieter Widmer sieht bei der Leiterin des Spitalamts und bei Perrenoud einen «Erklärungsnotstand». Für SVP-Fraktionschef Peter Brand zeigt der Bericht, dass das Spitalamt die Sache «nicht im Griff» habe. Er ortet «mangelnde Führung und Kompetenz».

Hintergrund des wahlkämpferischen Gebarens beider Seiten: Im März wurde bekannt, dass der Spitalinvestitionsfonds (SIF) in Millionenhöhe in Unterdeckung geraten könnte, weil das zuständige Spitalamt den Überblick verloren habe – über Gelder, mit denen der Kanton noch bis 2020 Infrastrukturprojekte von Spitälern subventionieren will. Sofort schlug die Spitalkommission Alarm, die Finanzkommission beauftragte die Finanzkontrolle zur Sonderüberprüfung.

### Keine Unterdeckung zu erwarten

Diese stellt nun, ganz im Sinne der SP, zunächst fest: «Zum heutigen Zeitpunkt

kann unter Berücksichtigung der Chancen und Risiken davon ausgegangen werden, dass sämtliche bis heute eingegangenen Verpflichtungen mit den bestehenden Mitteln erfüllt werden können.» Es sei keine Unterdeckung zu erwarten.

Allerdings, und hier setzt die Kritik der anderen Parteien an, eben nur «aus heutiger Sicht». Vielmehr geht die Finanzkontrolle von einer Unsicherheit «in einer nicht zu unterschätzenden Bandbreite» von null bis 50 Millionen aus. Diese Unsicherheit ergibt sich aufgrund «ungenügender Berücksichtigung der Teuerung». So rechnete das Spitalamt stets mit einer pauschalen Teuerung von 3 Prozent, die teils massiv von der tatsächlichen Teuerung abwich. Insgesamt hat sich das Spitalamt um 48 Millionen verrechnet. Und dies pikanterweise, obschon das kantonale Amt für Grundstücke und Gebäude (AGG) in der Bau-, Verkehrs- und Energiedirektion von Barbara Egger (SP) dem Spitalamt «immer

die korrekten teuerungsbedingten Mehrkosten» gemeldet hat. Das AGG ist als Bauherr bei den Spitalprojekten mitverantwortlich. Das Spitalamt habe aber das Problem trotz den AGG-Informationen «nicht erkannt und korrigiert».

Überhaupt habe das Spitalamt seit dem Systemwechsel im Spitalwesen (Fallpauschalen) sein «Controlling» nie angepasst. Daher, so die Finanzkontrolle: Die Berechnungsweise sei «unzweckmässig», die Überwachung der Mittel «ungenügend». Gar «erstaunt» ist das Kontrollorgan der Verwaltung, dass es bei der regulären Prüfung der Jahresrechnung über die damals bereits erkannten Risiken vom Amt nie informiert worden sei.

### GEF: «Leider» Fehler gemacht

Angesichts dieser Faktenlage gibt sich gar die GEF kritischer als die SP. Jean-Philippe Jeannerat, Perrenouds Informationschef, hält zwar fest: «Es hat keinen unsorgfältigen Umgang mit Geldern gege-

ben. Alle Ausgaben im Umfang von 1,2 Milliarden wurden korrekt und lückenlos nachgewiesen.» Aber ja: «Das Problem der Teuerung wurde unterschätzt.» Die Kritik an der Kontrolle sei «leider» zutreffend. Perrenoud habe aber nie etwas verheimlichen wollen. Nun würden Verbesserungen eingeleitet. Warum dies alles passiert ist, kann Jeannerat indes nicht erklären, vermutet die Gründe aber in der «hohen Arbeitsbelastung» in der Verwaltung. Sanktionen gegenüber Zuständigen im Spitalamt seien keine vorgesehen.

Konsequenzen hat die Sache aber für die Spitäler, die allenfalls auf erwartete Gelder zur Finanzierung von Spitalbauten oder Renovationen verzichteten müssen. Die Finanzkontrolle schlägt vor, bis zur Liquidation des Fonds keine Beiträge mehr zuzusichern, allenfalls ganz darauf zu verzichten, da die Spitäler ohnehin in gutem Zustand seien. Entscheiden darüber wird die Spitalkommission Ende Mai und der Grosse Rat im Juni.